



Rettung von Arbeitsplätzen

Der Gewerbeverband und der Kantonsrat fordern staatliche Bürgschaften für KMU-Überbrückungskredite sowie Fristverlängerungen bei Steuern und Abgaben.

Rasche Entscheide bei Bewilligungen für Kurzarbeit, Überbrückungskredite für KMU, Zahlungsaufschub bei Steuern und Sozialabgaben: Diese Vorschläge hat der Kantonale Gewerbeverband (KGV) mit der zuständigen Regierungsrätin Carmen Walker Späh (FDP) besprochen. Es sind alles Punkte, die für Gewerbebetriebe ohne finanzielles Polster existenziell sind. Erschwerend ist, dass die Entscheide teilweise auf Kantons-, teilweise auf Bundesebene gefällt werden müssen. Marc Bourgeois, FDP-Kantonsrat und Inhaber eines KMU mit sieben Angestellten, hat schon vor zwei Wochen in einem Vorstoss neben diesen

Forderungen weitere Anregungen zur Sicherung von Arbeitsplätzen formuliert. Es gehe nicht um Subventionen für an sich gesunde Unternehmen. Aber die beim Staat reichlich vorhandenen Mittel sollen den KMU und Selbstständigen rasch über bestehende Kanäle zur Sicherung ihrer Liquidität bereitgestellt werden. Bourgeois sorgt sich auch um Freischaffende sowie Mitarbeitende ohne fixe Arbeitspensen. Hier brauche es Lösungen, etwa seitens des RAV. Die Verwaltung hat teils schon reagiert. Auf Anfrage sagt Bourgeois, er sei beeindruckt, wie sich die Verwaltung bemühe, rasche Lösungen zu finden.

Alle kantonalen Parteien haben diese Anliegen am Montag aufgenommen. Sie haben ein von Marc Bourgeois ursprünglich als Fraktionserklärung konzipiertes Papier mit kleinen Retuschen in einer einmaligen Aktion als gemeinsame Medienmitteilung veröffentlicht und dem Regierungsrat ihr Vertrauen ausgesprochen. (ls.)